



Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
CH-3003 Bern

Per Mail an: KJP@bsv.admin.ch

Bern, 28.11.2019

**Vorentwurf zur Umsetzung der Pa. Iv. 17.412 Aebischer: Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir mit diesem Schreiben gerne wahrnehmen.

Allgemeine Würdigung

Die SP ist erfreut über die Bemühungen zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 17.412 von Nationalrat Matthias Aebischer «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter». Die Wichtigkeit einer frühen Förderung von Kindern ist unbestritten, denn oft werden die Weichen für die Zukunft bereits vor dem Kindergartenalter gestellt. Die frühe Förderung wird in der Schweiz zu wenig gepflegt. Dabei leisten Massnahmen in diesem Bereich einen beachtlichen Beitrag zur Entwicklung eines Kindes, seiner Kindheit und seines Wohlergehens. Somit wird die Chancengerechtigkeit auf allen Bildungsstufen erhöht und die soziale Selektivität massgeblich reduziert. Frühkindliche Politik bildet daher einen wichtigen Pfeiler im Hinblick auf die Armutsbekämpfung. In diesem Sinne lehnen wir den Minderheitsantrag, der auf die Vorlage nicht eintreten will, mit aller Vehemenz ab.

Wir sind klar der Meinung, dass die frühkindliche Bildung nicht unter dem Vorwand des Föderalismus zu kurz kommen darf. Denn eine Berufung auf die subsidiäre Kompetenz des Bundes führt schweizweit zu Chancenungleichheit in der Zeit des Aufwachsens. Wir fordern das Gegenteil: Kinder sollen unabhängig ihres Wohnorts niederschweligen Zugang zu allen benötigten, qualitativ hochstehenden Angeboten erhalten.

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Theaterplatz 4
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch



Umsetzung: Modell der Anschubfinanzierung

Angesichts des Erfolges der Anstossfinanzierung nach Artikel 26 KJFG, sehen wir dieses Modell als zielführend, um auch die Entwicklung der kantonalen Politiken der frühen Kindheit zu fördern. Die meisten Kantone haben bereits eine Strategie der frühen Förderung erarbeitet. Das Angebot kann jedoch von Kanton zu Kanton erheblich variieren. Es wird daher positiv bewertet, dass die finanzielle Unterstützung den Kantonen erlauben würde, ihre Kinderpolitik durch die Umsetzung von strategiegebundenen Massnahmenpaketen im Bereich der frühen Kindheit weiterzuentwickeln. Insbesondere wird dieses Impulsprogramm die landesweite Harmonisierung der Angebote in der Frühen Förderung begünstigen.

Mit Artikel 11 wird ausdrücklich vorgesehen, dass auch Gemeinden von Finanzhilfen profitieren können. Wir schlagen vor, dass dies auch im Artikel 11a seinen Niederschlag findet. Gerade Städte oder Gemeindeverbände können, ähnlich kleinen Kantonen, Massnahmenpakete entwickeln, die für die frühe Förderung ebenso beispielhaft sind, was in unseren Augen zu unterstützen wäre. Schliesslich stellt sich die Frage, ob nicht auch national tätige Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der frühen Kindheit tätig sind, in den Genuss der Anstossfinanzierung für beispielhafte Massnahmen und Projekte kommen sollten. Mit Kantonen, Gemeinden und NGOs wären die wesentlichen Träger der heute leider sehr unterschiedlichen Politiken der frühen Kindheit eingebunden. Sie könnten unter der Führung des Bundes in dieser befristeten Zeit dank der Anstossfinanzierung mehr erreichen für die Chancengerechtigkeit als nur die Kantone allein.

Der Bericht vom 8. März 2019 über die Evaluation des KJFG hat die Notwendigkeit hervorgehoben, die Abläufe zu optimieren, um den Aufwand für die Gesuchseingabe zu reduzieren. Dieses Anliegen äusserten regelmässig auch die kantonalen Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik, die ein Gesuch um Finanzhilfen nach Artikel 26 KJFG vorbereitet und eingereicht haben. Wir empfehlen dringend, diesem Aspekt bei der Umsetzung von Artikel 11a Rechnung zu tragen.

Finanzielle Mittel

Basierend auf den guten Erfahrungen mit der befristeten Anschubfinanzierung zugunsten der Kantone zum Aufbau und zur Weiterentwicklung ihrer Kinder- und Jugendpolitik, schlägt die Kommission einen zusätzlichen Kredit in der Höhe von 8,45 Millionen Franken zur besseren Verankerung der frühen Förderung in der Schweiz vor. Die SP unterstützt das Vorhaben mit Nachdruck. Allerdings sind wir der Ansicht, dass zusätzliche Mittel investiert werden sollten. Wie im erläuternden Bericht eingehend dargelegt, überwiegen die positiven Effekte der frühen Förderung die „Nachteile“ im Zusammenhang mit den Kosten. Dies rechtfertigt eine mutigere Politik seitens des Bundes und der Kantone in diesem Bereich durchaus. Deshalb beantragen wir eine Verdoppelung des Kredits.

Die SP schlägt vor, die vorgesehene Bundesbeteiligung in Höhe von maximal 100 000 Franken pro Jahr und Kanton auf 150 000 Franken zu erhöhen, analog zu den Finanzhilfen auf der Grundlage von Artikel 26 KJFG. Auch wenn der Be-



reich der frühen Kindheit (0–4 Jahre) eine kleinere Zielgruppe betrifft als die Kinder- und Jugendpolitik (4–25 Jahre), ist es wichtig, dass die Kantone grössere Massnahmenpakete umsetzen können. Nicht nachvollziehbar ist die Beschränkung auf vier Kantone pro Jahr, welche unterstützt werden können. Hier sollte eine gewisse Flexibilität möglich sein, falls in einem Jahr zusätzliche Kantone an einem Anschub interessiert wären. Aus diesem Grund beantragt die SP „in der Regel“ statt „höchstens“ in das Gesetz aufzunehmen.

Falls der Förderbetrag aufgrund der freiwilligen Beteiligung der Kantone in einem Förderjahr nicht ausgeschöpft werden sollte, darf er nicht verfallen. Der verfügbare Restbetrag soll restlos auf die restlichen Förderjahre verteilt werden.

Die parlamentarische Initiative hat in weiten Kreisen, die bereits im Rahmen des KJFG tätig sind, Besorgnis ausgelöst. Diese Besorgnis muss die Kommission ernst nehmen und ausschliessen, dass die schon sehr geringen Beträge für die ausserschulische Jugendarbeit unter weitere zusätzliche Akteure verteilt würden. Die organisierte Jugendarbeit und die Förderung der frühen Kindheit gegeneinander auszuspielen, ist die schlechtestmögliche Variante, die aus der Initiative Aebischer entstehen könnte. Stattdessen müssen zusätzliche Mittel in die Kindheit und Jugend investiert werden. Der Bericht erwähnt ja selber auch die Grundlage dazu, die in der Übersicht angeführt wird: Der Bund kann und soll Massnahmen zur vertikalen und horizontalen Zusammenarbeit und zur Kompetenzentwicklung (Art. 18 bis 21) in der gesamten Kinder- und Jugendpolitik fördern und unterstützen. Wir erwarten, dass für diese Zwecke die Finanzierung mittel- und langfristig ausgebaut wird und dieser Prozess gleichzeitig mit der Anstossfinanzierung aufgegleist wird. Dies bedeutet konkret, dass nicht nur Budgetanträge für die Finanzierung nach Art. 11a vorgeschlagen werden müssen, sondern dass parallel auch eine höhere Kreditlinie für die Zusammenarbeit und Kompetenzentwicklung beantragt wird.

Nationale Strategie

Der in der Sommersession an das BSV mit dem Kommissionspostulat (19.3417) ergangene Auftrag «Strategie zur Stärkung der frühen Förderung» muss innert einer Frist von zwei Jahren ausgeführt werden. Die SP-Fraktion hat diese systematische Herangehensweise bereits im Parlament unterstützt in der Erwartung, dass damit a) die Chancengerechtigkeit für alle Kinder in der Schweiz verbessert, b) koordiniertes und nachhaltiges Handeln im Bereich Frühe Förderung ermöglicht wird und c) Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen Gemeinden, Kantonen und dem Bund geklärt werden.

Wir sind der Meinung, dass punktuelle befristete Programme, wie sie vom Bund bereits angestossen wurden, wichtig und wertvoll sind – ohne klare Strategie jedoch kaum nachhaltig. Nur eine ganzheitliche nationale Politik der Frühen Förderung unter Einbezug der Bereiche Soziales, Bildung und Gesundheit ist wirkungsvoll. Diese Sichtweise entspricht auch den Forderungen der UNESCO-Kommission. Entsprechend schlagen wir vor, dass der Artikel 11a bereits jetzt durch einen Gesetzesartikel an anderer Stelle ergänzt wird, um eine solche Koordinationsstelle für die frühe Kindheit schaffen zu können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat'.

Christian Levrat
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Tissot'.

Jacques Tissot
Politischer Fachsekretär